

Herrn  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Christian Illeditsch

Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 15. März 2016

### **Selbstständiger Antrag**

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller, auf Fassung einer EntschlieÙung, betreffend der Reduktion von glyphosathaltigen Mitteln.

#### **Begründung:**

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Unkrautbekämpfungsmittel. Es ist ein nicht-selektives Blattherbizid mit systemischer Wirkung, das über grüne Pflanzenteile aufgenommen wird. Es wird gegen einkeim- und zweikeimblättrige Unkräuter im Acker-, Wein- und Obstbau, beim Anbau von Zierpflanzen, auf Wiesen, Weiden und Rasenflächen sowie im Forst verwendet. Zahlreiche Studien geben seit Jahren Hinweise auf die Gefahren, die von dem giftigen Präparat ausgehen können. Wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf beispielsweise Oberflächen- und Sickerwässer und damit nachfolgend in Bezug auf das Grundwasser legen schon lange eine Neubewertung der Glyphosatanwendung nahe. Glyphosat wurde im Urin von Menschen nachgewiesen, in diversen Brotsorten und jüngst in zahlreichen deutschen Biersorten. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat das weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid bereits im März 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Die jetzige Zulassung des Total-Herbizids Glyphosat (Handelsname u.a. ‚Roundup‘) in der EU läuft im Sommer 2016 aus.

Trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse hat die Europäische Kommission angekündigt, die Zulassung dieses höchst umstrittenen Pflanzengifts im März für weitere 15 Jahre beschließen zu wollen. Am 8 März 2016 ist die Entscheidung über die Verlängerung jedoch vertagt worden, weil keine Mehrheit für den Vorschlag der EU-Kommission in Sicht war.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

#### **Selbständigen Antrag:**

Der Burgenländische Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, an den Bundesminister für Land und Forstwirtschaft heranzutreten, sich auf EU-Ebene für ein Verbot glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel einzusetzen.
2. Der jetzt freiwillige Verzicht auf Landesstraßen sowie im gesamten Wirkungsbereich der Landesverwaltung soll verpflichtenden gesetzlich verankert werden.
3. Es sind weitere Maßnahmen zu setzen, die das Ziel haben, bis 2025 das Burgenland zu einem glyphosatfreien Bundesland zu machen.